

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

A m t s b l a t t

für die Königl. Amtshauptmannschaft zu Meissen, das Königl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff.

44. Jahrgang.

Erscheint wöchentlich zweimal, Dienstags und Freitags. — Abonnementspreis vierteljährlich 1 Mark. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Inserate werden Montags und Donnerstags bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Mr. 65.

Dienstag, den 12. August

1884.

Kommenden Donnerstag, den 14. ds. Mts., Nachmittags 6 Uhr, öffentliche Stadtgemeinderaths-Sitzung.
Wilsdruff, am 11. August 1884.

Der Stadtgemeinderath.

Sicker, Brgmstr.

Tagesgeschichte.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Von einer Mehrzahl der preussischen Amtsgerichte wird die Praxis eingehalten, sämtliche für denselben Tag in Aussicht genommenen Termine auf 10 Uhr Vormittags anzuberaumen, wenn auch mit Sicherheit beurtheilt werden kann, daß einzelne der in Frage stehenden Verhandlungen nicht vor 11 resp. 12 Uhr beginnen können. Wir müssen in dieser Praxis einen schweren Uebelstand erblicken bezüglich aller Fälle, in denen Geschäftsleute, sei es in eigener Sache oder als Zeugen auf 10 Uhr Vormittags vorgeladen, aber in Folge des späteren Beginnes des Termins bis 11 und 12 Uhr und länger zu warten gezwungen sind. Ist die in diesem Falle gewährte Zeugenentschädigung für den Geschäftsmann eine absolut verschwindende, so kommen nicht selten Fälle vor, wo die nutzlos mit Warten vergeudete Zeit für den Gewerbetreibenden eine Quelle sehr bedeutender Schädigungen werden kann, wie solches z. B. stets in flotter Geschäftszeit an Markttagen und bei tausend anderen Gelegenheiten zutrifft. Es ist nicht anzunehmen, daß für die fragliche Gewohnheit der Behörden Rücksichten höherer Art vorhanden sind.

Mit Genugthuung begrüßen nationalliberale Blätter die ihnen von guter Seite zugehende Meldung, daß Herr von Bennigsen nicht mehr abgeneigt sei, eine ev. auf ihn fallende Wahl als Reichstagsmitglied anzunehmen. In dem Wahlkreise Neuhaus-Otterndorf rüfte man sich, um seine Wahl mit einer so imponirenden Majorität durchzusetzen, daß auch der Rest von Abneigung, wieder parlamentarisch thätig zu sein, bei Bennigsen verschwinde.

Berlin. Die Nachricht von dem an der deutschen Nordseeküste durch englische Fischerkutter verübten Seeräub hat nicht verfehlt, an maßgebenden hiesigen Stellen die nachdrücklichste Beachtung zu finden. Zur Zeit fehlt es noch an einem amtlichen Bericht, da die Untersuchungen des Vorganges infolge verspäteter Meldung seitens der von dem Raub Betroffenen eine Verzögerung erfahren hat. Es ist jedoch, wie man hört, die Beschleunigung und energischste Verfolgung der Sache von hier aus den Behörden in Wilhelmshaven zur Pflicht gemacht worden. Durch jene Verzögerung ist aber leider die Habhaftwerdung der Seeräuber sehr erschwert worden; doch hofft man immerhin, daß solche doch noch gelingen werde, und gegenwärtig wird das an der Nordsee stationirte Kanonenboot unablässig auf der Jagd sein. Daß es die deutsche Regierung an nichts fehlen lassen wird, um mit allem Nachdruck auf diplomatischem Wege die exemplarische Bestrafung der englischen Raubfischer herbeizuführen, welche schon seit einer Reihe von Jahren die deutschen Nordseegewässer unsicher machen, daran ist nicht zu zweifeln. Sie wird sich aber nicht darauf beschränken, den gegenwärtigen Fall zum Austrag zu bringen, sondern auch darauf dringen, daß seitens der englischen Regierung den jenseitigen Fischern, die in unsern Gewässern überhaupt nichts zu suchen haben, jedes Geleiste nach ferneren Räubereien genommen wird.

Paris, 6. August. Wie es den Anschein hat, tragen die Hege-
reien der Pariser Presse gegen die in Frankreich lebenden Deutschen nunmehr auch in den Provinzialstädten ihre Früchte. So sah man gestern auf dem hiesigen Bahnhofe eine Gruppe Arbeiter, zum Theil mit Familie, welche auf der Reise nach Deutschland begriffen waren. Trotzdem sie schon, wie sie erzählten, seit 10—20 Jahren in Nancy ansässig waren, wurden sie plötzlich ohne weiteren Grund, als daß sie Deutsche seien, entlassen. Alle Bemühungen, anderweitige Beschäftigung zu finden, schlugen fehl: überall wurde ihnen bedeutet, man könne sie ihrer Rationalität wegen nicht annehmen, ohne sich der Hezpreffe gegenüber bloß zu stellen. Ähnlich liegen die Verhältnisse in dem benachbarten Pont-à-Mousson, in Toul und Lunéville. Ueberall hat sich die öffentliche Meinung stark genug erwiesen, die Entlassung der deutschen Arbeiter selbst gegen den Willen der Arbeitgeber durchzusetzen.

Die Heze richtet sich neuerdings auch gegen die Elsaß-Lothringer, welche die deutsche Rationalität angenommen haben und nun ohne Optionschein nach Frankreich kommen. Auch sie können nur ausnahmsweise ein Unterkommen finden. Daß auch deutsche Gouvernanten und Lehrerinnen, welche früher in Frankreich sehr gesucht und und allen anderen vorgezogen wurden, nur schwer Beschäftigung finden können, ist bekannt. Alles in Allem genommen, kann gegenwärtig Allen, welche in Frankreich, und zwar auch in der Provinz, Arbeit suchen wollen, nur dringend gerathen werden, zu Hause zu bleiben. Dieser Rath erstreckt sich auch auf die Fälle, in denen von Agenturen angeblich feste Stellen überwiehen werden; in den meisten Fällen wird man sich überzeugen können, daß mehr versprochen wurde, als man zu halten im Stande ist.

Kronprinz Rudolf von Oesterreich hat von Kaiser Wilhelm eine Einladung zu den im Monat Oktober in Ostfriesland stattfindenden großen Hoggagen erhalten und wird zu dem Zwecke Mitte Okt. in Berlin eintreffen.

Dem Bernehmen nach haben die Ausschüsse des Bundesraths, welche mit der Vorberathung des in Aussicht stehenden Antrags Bremens auf Zollanschluss beauftragt waren, ihre Arbeit nunmehr beendet und Bericht erstattet. Die Hauptpunkte der Anträge, welche sie stellen, sollen folgende sein: Die Einverleibung der Stadt und des Gebietes Bremens, sowie der Unterweser erfolgt, wenn Bremen keinen früheren Zeitpunkt wünscht, gleichzeitig mit dem Anschluß Hamburgs. Die Kosten der Einverleibung werden zur Hälfte, aber im Maximum bis zu 12 Millionen Mark vom Reich getragen, welcher Antheil in vier gleichmäßigen Jahresraten gezahlt werden soll. Das im Nordwesten der Stadt Bremen am rechten Weserufer belegene Terrain, welches durch den Welferplatz, die Stephanienkirchenweide und das Wallerwied gebildet wird, bleibt ausgeschlossen. Dort kann der Schiffsverkehr und die Lagerung von Waaren ungehindert stattfinden. Die Waaren sind aber zu buchen und die Einsicht der Bücher soll der Zollbehörde zustehen. Ausgeschlossen bleiben auch die Hafenanlagen von Bremerhaven und die angrenzenden Petroleumlager. Die bestehenden industriellen Betriebe, welche auf die zollfreie Verarbeitung ausländischer Stoffe angewiesen sind, sollen die thunlichste Erleichterung erfahren, namentlich die Fabriken von Tabakslauge, die Exportbrauereien und die Petroleumraffinerien.

In Hamburg soll ein katholisches Bisthum errichtet und ein Dom erbaut werden, der den Namen Marienkirche führen soll. Für den Bauplatz seien schon 140.000 Mark eingezahlt worden. Die Idee wurde auf der letzten in Düsseldorf stattgehabten Katholikerversammlung zum zweiten Male angeregt. Windhorst begrüßte sie enthusiastisch. Dieser Dom, rief er aus, muß dazu bestimmt sein, die nordischen Völker um sich zu sammeln! Die Magdeb. Ztg. findet den Plan bedenklich für die Sache des Protestantismus und weist bedauernd auf die geringe Theilnahme hin, welche die evangelische Bevölkerung dem Gustav-Adolf-Berein entgegenbringe. Hierzu ist zu bemerken, daß, wenn dieser Plan für den Protestantismus auch gerade nicht bedenklich genannt werden kann, es doch ein starkes Stück ist, in einer durchaus protestantischen Stadt, überhaupt einem Theil Deutschlands, der weit vorwiegend protestantisch ist, ein katholisches Bisthum gründen zu wollen, „das die nordischen Völker um sich sammeln soll“. Das heißt doch vom Standpunkte dieser Leute soviel, daß es mit dem Protestantismus so schwach bestellt sei, daß eine derartige Maßregel genüge, um ihn den Rang abzulaufen.

Der „N. Fr. Br.“ telegraphirt man aus London: Anlässlich der Fikler Kaiserzusammenkunft bringt der „Standard“, der bisher eine Deutschland freundliche Gesinnung zeigte, einen Artikel, in welchem er sagt: Für Jedermann liegt klar die Thatsache vor, daß England jetzt die Freundschaft Deutschlands nicht beizigt. Alle Versuche, zu beweisen, daß Graf Münster auf der Conferenz nicht die französischen Gegenpläne unterstützt habe, sind thöricht. Die unfreundliche, unangenehme Haltung Münsters während der ganzen Conferenz, welcher Oesterreich und Rußland beistimmten, muß ausschließlich politischen Gründen zugeschrieben werden. Doch Bismarck mag nach Belieben vorgehen, das wird uns doch nicht beunruhigen, auch werden wir nicht ermangeln, nützlichensfalls den Grafen Münster zu erinnern, daß Deutschland doch noch nicht ganz Europa ist. Deutschlands Freundschaft ist für England durchaus nicht unumgänglich nothwendig, obgleich es noch nicht so lange her ist, daß Englands Freundschaft so unumgänglich nothwendig für Deutschland war, daß ohne dieselbe Elsaß-Lothringen noch heute französische Provinzen wären. (!) Ja, ohne Englands Freundschaft können Elsaß-Lothringen wieder französische Provinzen werden. In manchen Dingen sind wir Alle zuerst Engländer und dann erst Partei-Politiker. Wir halten unsere Wange dem Beleidiger nicht hin, wir können Unfreundlichkeit mit Unfreundlichkeit und Schläge mit Schlägen vergelten, woher dieselben auch kommen mögen.

Die „Köln. Ztg.“ macht darauf aufmerksam, daß England durch den Vorschlag, die Küste vom Drangefluß bis zur portugiesischen Grenze, mit Ausschluß der deutschen Bucht Angra Pequena, unter britische Aufsicht zu stellen, einen ganz neuen Begriff in das Völkerrecht einzuführen versucht. Eine civilisirte Macht, so heißt es in dem Artikel, kann Landstriche, welche von sogenannten wilden Völkern bewohnt werden, entweder einverleiben oder unter ihren Schutz stellen. In beiden Fällen übernimmt sie mit den Rechten auch Pflichten, vor Allem die Pflicht, Frieden und Ordnung aufrecht zu erhalten. Großbritannien aber beabsichtigt offenbar gar nicht, durch die vorgeschlagene Beaufsichtigung der langen Küstenlinie irgendwelche Pflichten zu übernehmen; es will nur das vollständig schattenhafte Recht erwerben, das Eindringen civilisirter Nationen in einen völkerrechtlich leeren Raum, den zu bevölkern die Briten selbst kein Verlangen haben, in künftigen Fällen zu verhindern. Man kann diesen Vorschlag also nur als eine gegen Deutschland gerichtete Demonstration auffassen.